

ZS 1980 April 115

Herder Korrespondenz

Heft 1
34. Jahrgang
Januar 1980

Den Menschen diese Welt als Problem darzustellen bedeutet, sie dazu aufzufordern, ihr eigenes Einwirken und das Einwirken anderer auf die Welt in seiner Totalität kritisch zu „erschauen“.

Paulo Freire

Freiheit

1980 ist in der Bundesrepublik ein Wahljahr. Es wird viel von Freiheit die Rede sein. Das ist natürlich. Denn in demoskopischen Umfragen steht seit Jahren das Freiheits-thema ganz oben. Möglichst frei und unabhängig sein; wer will das nicht, und wie sollten Politiker das unbeachtet lassen? Obwohl jedermann betont – und damit recht hat –, daß wir im freiesten System leben, das es je gegeben hat, ist es ja nicht so, daß der erworbene Freiheitsraum völlig ungefährdet wäre. Ein paar 100 Kilometer weiter östlich, und schon sieht es damit anders aus, auch wenn man nicht das Empfinden haben sollte, von der lautesten Demokratie in die reinste Tyrannei überzuwechseln; denn mit dem Verlust der politischen Freiheit geht zwar die ganze Demokratie, aber noch nicht alle Freiheit verloren. Doch davon abgesehen, daß Freiheit politisch stets von innen und von außen bedroht ist, daß das Totalitäre fast die Regel und Demokratie, jedenfalls wenn wir über das westliche Europa hinaussehen, eher die Ausnahme ist, kann nicht geleugnet werden. Es gibt gegenwärtig genug Länder, die auf dem Wege zu demokratischen Verfassungen wieder um 50 oder 100 Jahre zurückgeworfen werden: im Mittleren oder Fernen Osten, in Afrika und anderswo. Und wo Diktaturen weichen, rücken nur zaghaft wirklich freiheitliche Demokratien nach, schon weil die objektiven Bedingungen für einen demokratisch geführten Staat von der Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialstruktur her denkbar ungünstig sind. Und nicht zuletzt: Es gibt im vorpolitischen Raume, von der staatlich verfaßten Gesellschaft her, auch in Demokratien freiheitsgefährdende Faktoren in Fülle. Je verflochtener eine Gesellschaft ist, um so zäher müssen Freiheiten verteidigt werden: innerhalb verengter Lebensräume, gegen Eingriffe in die persönliche Sphäre, gegen die datenstarken und eng kontrollierenden Verwaltungen, aber auch gegen Erscheinungen in der unverfaßten Gesellschaft: gegen Vermassungserscheinungen, gegen ideologische Trends, gegen abhängig machende öffentliche Stimmungen, gegen Zwänge des Konsums oder auch nur des Prestiges.

Vereinfachungen

Das wird, wenn politisch über das Thema Freiheit gestritten wird, zweifellos alles auch gesehen. Aber wenn sich Politiker gar über den eigentlichen politischen Bereich hinaus des Freiheits-themas bemächtigen, muß man mit Vereinfachungen rechnen. Da ging jahrelang die Formel „Freiheit oder Sozialismus“ um, und manche Strategen in den Unionsparteien haben auch jetzt noch Schwierigkeiten, sich davon zu lösen, zumal um die „große Wende“ gekämpft wird, um die Ablösung einer Politik, wie man meint, nicht nur mit sozialistischer Schlagseite, sondern mit systemgefährdender, die Freiheit von innen her aushöhrender Tendenz. Und verbleibt man im Stile großer Weltbetrachtungen, dann ist es auch sicher richtig, daß sozialistische Systeme nicht nur nivellierend im Sinne langweiliger Eintopfgesellschaften wirken, sondern durch Austoben ihrer kollektivistischen Neigungen bisher durchwegs in totalitären Systemen geendet haben.

Es ist sogar eine Frage wert, ob nicht bereits eine krasse Geringschätzung der Wettbewerbswirtschaft, der Dynamik des Marktes, des freien Unternehmertums, sofern sie kollektivistischen Strömungen Vorschub leistet oder von solchen getragen wird, wenigstens in ihrer Bewegungsrichtung freiheitsfeindlich ist. Bei allem Verständnis für die wenig humanen Begleiterscheinungen selbst einer gezähmten Wettbewerbswirtschaft (Kapitalkonzentrationen auch hier in den Händen anonymer Mächte, Überbetonung oder gar Verabsolutierung des Leistungsprinzips, mitleidslose Ruinierung der jeweils Schwächeren) läßt sich durchaus fragen, ob nicht auch schon die prinzipielle Verachtung der freien Marktwirtschaft Ausdruck einer freiheitsfeindlichen Tendenz ist. Denn es ist wohl so, daß die Freiheit des Wettbewerbs (soweit dieser in unseren Mischsystemen überhaupt noch als freier zu realisieren ist) von der politischen Freiheit des Bürgers nicht abtrennbar ist, da, wo das Wirtschaftsleben unfrei wird, sich zugleich auch politischer Totalitarismus ausbreitet.

Auf jeden Fall ist die Bevormundung des Bürgers durch den Staat dort am größten, wo dieser auch über die Wirtschaft verfügt, weil mit der Ausschaltung des freien Wettbewerbs ein gerade in Industriegesellschaften grundlegendes Prinzip der Machtverteilung torpediert wird.

Doch wenn es diese Tendenzen auch gibt, so sind sie doch nicht bestimmend für unsere Lage. Wenn ein europäisches Land quer durch Parteien und Richtungen (von Minderheiten abgesehen) stabil freiheitlich und moderat demokratisch ist, dann zum gegenwärtigen Zeitpunkt sicher die Bundesrepublik. Nicht einmal die späten sechziger und frühen siebziger Jahre mit Jugendrevolten und neomarxistischer Renaissance können dagegen ins Feld geführt werden. Schon weil aller Neomarxismus (in seinen leninistischen wie in seinen „anthropologischen“, an den jungen Marx anknüpfenden Formen) über das Werben und Sterben politischer Subkulturen nicht hinauskommt. Es gibt Feinde der Marktwirtschaft, Sozialisten, für die schon das Stichwort Wettbewerb ein Greuel ist, auch radikale Träumer von einer totalen Egalisierung nicht nur der Chancen, sondern auch des Ertrags bzw. des Ergebnisses. Aber das sind Minderheiten, im Ringen um die Macht ohne Chance.

Im übrigen vereinfachen die Vorkämpfer der freien Marktwirtschaft selbst die Situation, wenn sie ihr Modell von Wettbewerbswirtschaft schlichtweg auf alle Geographien und Entwicklungszustände übertragen wollen. Es mag richtig sein, daß in hochentwickelten Gesellschaften eine gezähmte Marktwirtschaft der beste Garant für ein hohes Maß an öffentlicher wie an privater Freiheit ist. Im Blick auf die vielen Entwicklungsländer, die sich noch in der Anfangsphase ihrer Industrialisierung befinden, muß doch gefragt werden, ob der Freiheit der dortigen Menschen mit einer Wettbewerbswirtschaft mit geradezu frühkapitalistischen Zügen wirklich gedient ist. Zwar mag die Faustregel, daß der Kuchen vor allem größer werden muß, wenn er verteilt werden soll, im Sinne einer mittelfristigen Entwicklungsstrategie eine unvermeidliche Strategie sein. Aber es ist schon erstaunlich, was deutsche Oppositionspolitiker etwa im Blick auf die Entwicklung lateinamerikanischer Länder an frühkapitalistischen Methoden alles für gut oder wenigstens für notwendig finden, nur weil es von Regimen kommt, die man als chemisch reine Antimarxisten und „Marktwirtschaftler“ kennt. Da muß man wohl sehr die Freiheit der Wirtschaft mit der Freiheit des Bürgers (aber was ist der Bürger: der weitgehend rechtlose Campesino oder der Proletarier in den Slums der Großstädte) verwechseln.

Im übrigen hat auch die andere Seite ihr Recht, wenn sie den Slogan entgegenhält „Von Freiheit verstehen wir mehr“. Wie wäre es in einer fortgeschrittenen Industriegesellschaft um die Freiheit der Arbeitnehmer und damit des größten Teils der Bevölkerung bestellt ohne die geschichtliche Leistung der Arbeiterbewegung in Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien? Die sozialstaatlich erkämpften sozialen Rechte, die Sicherung im Krankheitsfall, die Altersvorsorge, bedeuten für den einzelnen sehr

viel mehr an konkreter Freiheit als alles bürgerliche Freiheitspathos und zunächst einmal auch mehr als alle Teilhabe an einer repräsentativen Demokratie. Sicherheit ist im Regelfall Voraussetzung von Freiheit. Sie hat den Proletarier zum Bürger gemacht. So gesehen ist es auch nicht einfachhin falsch, daß die Freiheit des einzelnen Produkt der Gesellschaft und insofern *auch* staatliche Leistung ist. Natürlich schaffen Staat und Gesellschaft nicht Freiheit. Freiheit ist, welche Form von Freiheit auch jeweils gemeint ist, immer personal. Aber Staat und Gesellschaft schaffen Bedingungen oder zerstören die Voraussetzungen von Freiheit.

Nur: In *einer Phase fortgeschrittener Sozialstaatlichkeit* werden auch solche Thesen zu einer Vereinfachung des Problems, wenn nicht gar zur Verfälschung von Freiheit, wenn eine Politik der sozialen Sicherung in eine die persönliche Initiative tötende Nivellierung umschlägt und wenn die sozialstaatlichen Segnungen (im übrigen ohne selbst damit ein Höchstmaß an privilegiertester Gerechtigkeit zu erreichen) den einzelnen zum passiven Objekt von Verwaltungen und öffentlichen Dienstleistungen zu machen drohen. Der sozial Überversorgte ist als Konsument sozialstaatlicher Leistungen zwar an sich kein unfreies Subjekt. Die Abhängigkeiten auf der einen Seite schaffen auf der anderen durch das Mehr an Versorgung, durch das Mehr an sozialer Lebensqualität ja gerade für den in seinen kulturellen und wirtschaftlichen Lebensverhältnissen Eingegrenzten, bescheiden Lebenden, zusätzliche Möglichkeiten freier Lebensgestaltung. Aber diese führen zur Gefahr einer partizipationslosen Freiheit. Sie werden zu einer Freiheit des rein Privaten und damit nicht selten zu einer der sozialen Abstumpfung.

Gefährdungen

Hier spätestens wird sichtbar, daß das Freiheitsproblem heute in normal funktionierenden demokratischen Gesellschaften gar nicht in einem Zuwenig an Freiheit besteht und daß Gefährdungen, die der Freiheit des einzelnen drohen, sieht man von totalitären Staaten und von Entwicklungsgesellschaften einmal ab, gar nicht so sehr oder in erster Linie im Politischen zu suchen sind, sondern im Psychologischen. Soweit sie sich politisch auswirken, sind sie weitgehend psychologisch verursacht. Um das Freiheitsthema sozialpsychologisch zu fassen: das Problem liegt nicht bei den Ressourcen, sondern im Verhältnis von Ressourcen und deren Gebrauch.

Das läßt sich am besten am *Freizeitverhalten* illustrieren. Die verlängerte Freizeit ist eine enorme Quelle von Freiheit. Sie ist nicht nur Folge der Entlastung von mehr Arbeit als physischer oder geistiger Anstrengung. Sie ermöglicht einen variableren Lebensstil, *an sich* auch mehr soziale Kontakte, mehr mitmenschlichen Umgang, sie gibt Raum für ein Wirklichkeitsverhalten nach eigenem Geschmack (im Sinne von Unterhaltung, Weiterbildung, Information, Reisen, sportlicher Tätigkeit usw.). Zur Nutzung dieser Möglichkeiten gehört freilich auch ein gewisser finanziel-

ler Standard. Und dieser ist nicht nur je nach Einkommen nach wie vor sehr verschieden bemessen, sondern wird seinerseits wieder durch standardisierte Konsumzwänge eingegrenzt. Aber das scheint nicht das eigentliche Problem zu sein. Besorgniserregender ist schon, daß immer mehr Leuten die Zeit zu lang wird, daß sie mit ihrer Freizeit nichts anzufangen wissen, sich also langweilen. Und dieses Problem wird verschärft durch eine zum Teil technisch bedingte, sozial passivere Lebenshaltung, die zur Folge hat, daß die durch die Technik ermöglichte Leistungserleichterung zum Leistungsverzicht und zu einer enormen Steigerung von Passivität wird. Freizeit bleibt so zwar der vergrößerte Raum freier Entfaltungsmöglichkeiten, aber die Neigung zum rein konsumtiven Verhalten wird stärker als die Neigung zur kreativen Nutzung der neu zugewachsenen Chancen.

Ein anderes Beispiel für den Beweis, daß das Freiheitsproblem keines der mangelnden Ressourcen, sondern eines des Verhältnisses von Ressourcen und Gebrauch ist. Die *Sozialkontrolle*, also das Gesamt an Verhaltensregeln, denen ein Sozialkörper seine Mitglieder unterwirft, bzw. die Wirkkraft der verschieden auf das Verhalten des Individuums regelnd einwirkenden gesellschaftlichen Kräfte, hat sich in der modernen Industriegesellschaft stark gelockert. Die Gründe dafür sind bekannt: Gemeinsame Überzeugungen sind pluraler und damit ein Stück weit beliebiger geworden, greifen in ihrem Gebots- oder Verbotscharakter für andere nicht mehr. Sie haben Geltung höchstens für den einzelnen. Die Gesellschaft als ganze beschränkt sich auf ein Minimum an verpflichtender Moral. Es gibt keine mythischen oder magischen Mächte, die entsprechende Regeln legitimieren oder gar entsprechende Sanktionen im Falle ihrer Verletzung bereithalten. Der Staat kontrolliert die Einhaltung der Gesetze, hat sich aber aus der Regelung persönlichen Verhaltens, wo nicht unmittelbar auf Sozialschädlichkeit erkannt wird, zurückgezogen. Und die Sozialkontrolle durch Kirchen und Religionsgemeinschaften hat in dem Maße an Gewicht verloren, als es keine religiös geschlossenen Gesellschaften und kaum noch homogen religiös geprägte Milieus gibt. Mit Abstufungen gilt wohl die Regel: je anonymere eine Gesellschaft, um so weniger Sozialkontrolle. Es ist also in bezug auf das Verhalten des einzelnen ein geradezu gigantisches Potential an Freiheit freigesetzt.

Aber dieses Freiheitspotential unterliegt zwei Gegenströmungen: die immer engere Vernetzung der Gesellschaft zwingt den Staat zu immer mehr Gesetzen, zu immer mehr Einzelregelungen, damit vergrößern und vervielfältigen sich die Bürokratien. Was der einzelne durch Lockerung der Sozialkontrolle an Freiheit gewonnen hat, verliert er auf der anderen Ebene durch Verrechtlichung und Behördenabhängigkeit. Entsprechend wird ja auch die Bürokratisierung als eine hauptsächliche Ursache schleichender Freiheitseinschränkung erkannt. Das müßte eigentlich zu der Einsicht führen, daß Freiheit nicht grenzenlos „schöpfbar“ ist, daß im sozialen Wandel Gewinne und Verluste sich gesamtgesellschaftlich weitgehend ausgleichen. Das

Problem scheint aber zu sein, daß wir uns nicht nur dieser Einsicht entziehen, sondern vor dem Zugriff der Bürokratisierung und Verrechtlichung in „private“ Freiheiten, im Sinne des Freihaltens des Privatlebens und des persönlichen Verhaltens von gesellschaftlicher Reglementierung flüchten. Das heißt, es wird nach noch mehr Unabhängigkeit gerufen, ohne zu bedenken, daß damit die Orientierungsschwierigkeiten des einzelnen in der Gesellschaft und in bezug auf die eigenen Lebensziele enorm anwachsen. Viel von dem gewonnenen Freiheitspotential wird auf diese Weise wieder neutralisiert. Oder es entstehen gar aus Mangel an Orientierungshilfen emotionale Ängste.

Die zweite Gegenströmung läuft weniger parallel dazu, sondern ist teilweise wenigstens eine Reaktion auf den größeren Gewinn an persönlicher und gesellschaftlicher Freiheit durch verminderte Sozialkontrolle. Diese wird weitgehend durch indirekte, mehr psychologisch als normativ wirkende *Mittel der Außenlenkung* abgelöst: durch die Schwerkraft der in der Gesellschaft sich anonym bildenden Meinungsströme, von denen der einzelne um so mehr abhängig wird, je weniger er das Ganze der Wirklichkeit oder das Ganze des Geschehens, von dem er abhängig ist, begreift. Je weniger er sich selbst eine Meinung bilden kann, um so mehr ist er von den gesellschaftlich vorgeformten Moden und ungeschriebenen Verhaltenskodizes abhängig. Gerade in dem Zusammenhang müßte sich zum Beispiel die Frage nach dem Selbstverständnis der Medien stellen: Haben sie in erster Linie selbst Meinung zu machen oder nicht vielmehr Meinungsbildung zu ermöglichen? Haben sie primär als Vehikel von Meinungen zu dienen, oder heißt ihr erstes Gebot nicht: Darstellung der Wirklichkeit (zu der natürlich Meinungen auch gehören)? So gesehen dürfte sich auch die Frage nach der Medienvielfalt anders stellen: Ist das Maß an Meinungsfreiheit wirklich so sehr an eine Vielzahl von Medien (das Gegenteil ist hier natürlich nicht die Einzahl) gebunden? Oder hängt dieses nicht viel stärker vom Verhältnis Meinung-Wirklichkeitsbezug im gesamten Bereich der Information ab? Jedenfalls ist vor einem Wirklichkeitsverlust durch Überinformation ebenso wie durch eine bevormundende Information, vor allem durch solche, die durch Überschätzung des Meinungsjournalismus zustande kommt, zu warnen. Denn Wirklichkeitsverlust ist Orientierungsverlust und damit immer auch potentiell Freiheitsverlust.

Korrektur der Leitbilder

Freiheitsverlust durch Wirklichkeitsverlust zeichnet sich noch in ganz anderer Weise ab. Und diese Gefahr ist ebenso allgemein wie die des Freiheitsverlustes durch anonyme oder gezielte Außenlenkung. Ich meine die Freiheitsbewältigung allein durch eine individualistisch verstandene Emanzipation. Emanzipation als Erwerb von Mündigkeit durch den rechten Gebrauch der Vernunft ist ein erstrebenswertes Ziel. Soweit sie diesem Ziel dient, erhöht sie ihrerseits das Freiheitspotential des einzelnen und in der Gesellschaft. Aber zum rechten Gebrauch der

Vernunft gehört die nötige Sensibilität für zwischenmenschliche Bindungen. Ohne diese Sensibilität führt Emanzipation eher zum Gegenteil von Mündigkeit: zur Auslieferung des einzelnen an Meinungskollektive. Wo der emanzipierte einzelne allein dem Staat oder allein der Gesellschaft gegenübersteht, geht das immer auf Kosten des einzelnen und seiner Freiheit aus. Solcher „Individualismus“ ist aber heute Gemeingut der Kultur, auch der politischen. Er grassiert in allen Parteien.

Ich nenne dafür ein besonders aktuelles Beispiel: Nicht nur Sozialdemokraten bürgerlicher und sozialistischer Prägung haben besondere Schwierigkeiten, sozialen Einheiten und Gruppen, die den einzelnen gesellschaftlich abstützen und ihm so einen verantwortlichen Freiheitsgebrauch vielfach erst ermöglichen, den ihnen angemessenen gesetzlichen Ausdruck und Schutz zu geben. Meist kommt nur der emanzipationsbedürftige einzelne (der Mann, die Frau, das Kind, der Jugendliche) in den Blick, nicht die Familie, die Nachbarschaft, die Betriebsgemeinschaft usw. Auch Parteigänger bürgerlich-christlicher Politik haben große Probleme, personale Gemeinschaften rechtlich zu fassen, und weichen beispielsweise in der Familienpolitik

auf rein finanzielle Stützungshilfen aus. Sie lassen sich also die Familie sozialstaatlich viel kosten, vermögen aber kaum sie rechtlich und politisch als „Körperschaft“ eigenen Rechts und eigener Würde zu fassen und sie politisch entsprechend zu vertreten.

Es bedarf also dringend einer Korrektur der Leitbilder und der strategischen Ansätze. Nicht der Mangel an Freiheit kann heute (bei uns) das eigentliche Thema sein, auch nicht so sehr die Gefährdung durch kollektivistisches Denken (sowie dieses als weltweite Auseinandersetzung zu Buche schlägt, ist es eher der Kampf zwischen Demokratie und Totalitarismus), sondern die eigentliche Gefahr scheint vielmehr zu sein: daß dem enorm gewachsenen Freiheitspotential noch keine ebenso gewachsene Freiheitsfähigkeit zur Verfügung steht, und daß gerade in dieser Situation eine individualistische Verabsolutierung von Freiheit am sichersten in den kollektivistischen Staat führt. Wenn nicht alles täuscht, ist das sogar das ungelöste Grunddilemma neuzeitlichen Mündigwerdens. Darüber Wahlkämpfe zu führen könnte sich sogar lohnen, auch wenn sie – möglicherweise – dann quasi durch die Parteien geführt werden müßten.

D. A. Seeber

Vorgänge

Überrollen uns die Kabel?

Spätestens seit der letzten Berliner Funkausstellung und seit den Debatten der letzten Wochen *zwischen* den Ländern (und *in* den Ländern) Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz um ein Kabelpilotprojekt in Mannheim/Ludwigshafen ist es auch ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gedrungen: eine *revolutionäre Wende auf dem Mediensektor* steht bevor. Präziser: sie ist – jedenfalls technisch – bereits vollzogen. Durch die Entwicklung neuer Übertragungstechnologien – Stichworte: Kabel, Glasfaser – wird es in Zukunft eine Fülle von Möglichkeiten der audiovisuellen Kommunikation geben, die man sich heute noch kaum vorstellen kann. Nicht nur, daß die Übertragung von dreißig und mehr Programmen technisch eine Kleinigkeit sein wird, über den „offenen Kanal“ und den „Rückkanal“ können sich auch Gruppen und

einzelne, die bisher lediglich *passiv* waren, *aktiv* ins Programmgeschehen einschalten. Die Diskussion des Bürgermeisters mit seinen Bürgern via Bildschirm (einschließlich Abstimmungen per Knopfdruck), das audiovisuelle Ferneinkaufen und das Bildschirmtelefon sind keine Utopien mehr. Das Können ist nicht länger eine Frage, nur das Wollen bzw. das Sollen.

Der sich abzeichnende Umbruch ist oft mit demjenigen verglichen worden, den Johannes Gutenberg der Menschheit beschert hat. Der Vergleich dürfte nicht zu hoch gegriffen sein. Was bevorsteht, sind nicht ein paar technologische Kapriolen, sondern eine Umwälzung unseres Informationssystems.

Der *Konfusion*, in die den technischen Laien auch nur ein erster Überblick über die neuen Möglichkeiten stürzt,

entspricht die Konfusion in den öffentlichen Debatten um diesen Gegenstand. Da ist zunächst die Frage der *Verkabelung*, also der Schaffung der technischen Voraussetzungen. Die Bundespost verkabelte munter vor sich hin, längst bevor politische Entscheidungen gefallen waren. Dies wurde von CDU und CSU scharf kritisiert. Vor ein paar Wochen stoppte der Bundeskanzler – sehr zum Mißvergnügen des zuständigen Ministers – die Post, worauf er sich *wieder* Kritik von der Opposition einhandelte.

Verwirrend geht es auch in den *Parteien* zu: *Erhard Eppler* droht mit einer aus Moral und Wahlkampf gemischten Kampagne ein Volksbegehren gegen das Kabelfernsehen an, sein Berliner Parteifreund *Peter Glotz* warnt vor solchen Perhorreszierungen; der Mediensprecher der CDU gibt sich optimistisch, der Kanzlerkandidat der Union läßt erkennen, daß die neue Entwicklung ihm eher un-